

**Niederschrift
über die 26. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 20.06.2022
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:50 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Stefan Golle	zeitweise anwesend
Herr Thomas Haubenreißer	
Herr Daniel Herold	
Herr Danny Przisambor	
Herr Mirko Rust	
Herr Thomas Salzmann	
Herr Gerald Schumann	

Beratendes Mitglied

Herr Felix Albert	
Herr Matthias Gräf	zeitweise anwesend
Rainer Pietschmann	
Frau Alice Schubert	

Stellvertretendes Mitglied

Herr Thomas Fiedler	Vertretung für Herrn Bernd Stubenrauch
Herr Stephan Uhlig	Vertretung für Herrn Dieter Blechschmidt

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt	entschuldigt
Herr Bernd Stubenrauch	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Wolfgang Alboth	entschuldigt
Herr Tom Götz	entschuldigt
Herr Thomas Hoyer	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Martin Gabriel	FGL Allg. Ordnungsangelegenheiten	TOP 6.4
Nicole Bieber	SB Bauordnung	TOP 2.1
Martin Rink	SB Stadtplanung und Umwelt	TOP 3.1 – 3.4
Hagen Brosig	SB Stadtplanung und Umwelt	VEP
Birgit Winkler	SB Stadtplanung und Umwelt	n. ö. Teil
Falk Forster	SB Stadtplanung und Umwelt	TOP 3.5 und 4
Paula Müller	SB Stadtplanung und Umwelt	TOP 1.4.1
Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	TOP 2. + 3.
Ulrich Giering	FGL Bauordnung	TOP 2.1
Markus Löffler	FGL Stadtplanung und Umwelt	alle TOP

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Dirk Ohm, Ingenieurbüro IVAS	VEP
Stefan Lehmann	alle TOP
Ulrich Riedel	Freie Presse

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 11.04.2022
 - 1.3. Beantwortung von Anfragen
 - 1.4. Informationen der Bürgermeisterin
 - 1.4.1. Förderaufruf für modellhafte regionale investive Projekte zum Klimaschutz durch Stärkung des Radverkehrs
2. Information
 - 2.1. Aufstellung von LED-Werbetafeln in der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0634/2022
 - 2.2. Information zu den Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplanes
Drucksachennummer: 0635/2022
3. Vorberatung
 - 3.1. 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen, Abwägungsbeschluss
Drucksachennummer: 0626/2022
 - 3.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 027 „Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“, Abwägungsbeschluss

- Drucksachennummer: 0627/2022**
- 3.3. 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen, Feststellungsbeschluss
- Drucksachennummer: 0628/2022**
- 3.4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 027 „Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“, Satzungsbeschluss
- Drucksachennummer: 0629/2022**
- 3.5. Beschluss – LEADER Entwicklungsstrategie (LES) für den Zeitraum 2023-2027 der LAG Vogtland
- Drucksachennummer: 0652/2022**
4. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken - Förderprogramme nutzen -, Reg.-Nr. 264-22 - Stellungnahmen der Verwaltung (GB I / GB II)
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Frau Bürgermeisterin Wolf eröffnet die 26. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.

Gem. aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

Frau Bürgermeisterin Wolf begrüßt Herrn Persch als neues Mitglied des Ausschusses als sachkundiger Einwohner für die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 11.04.2022

Die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift wird festgestellt.

Zur Unterzeichnung der heutigen Niederschrift haben sich Herr Stadtrat Uhlig, CDU-Fraktion, sowie Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, bereit erklärt.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Frau Bürgermeisterin Wolf räumt ein, dass noch Anfragen offen seien. Aufgrund deren Umfangs bittet sie jedoch um noch etwas Geduld. So kann z. B. ein Antrag der AfD-Fraktion zu den Heizungsanlagen der städtischen Gebäude oder ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Schwammstadt sowie ein Antrag von Herrn Stadtrat Legath voraussichtlich erst im September behandelt werden.

1.4. Informationen der Bürgermeisterin

1.4.1. Förderaufruf für modellhafte regionale investive Projekte zum Klimaschutz durch Stärkung des Radverkehrs

Die Bürgermeisterin führt kurz in eine Information zum Förderaufruf für modellhafte regionale investive Projekte zum Klimaschutz durch Stärkung des Radverkehrs ein.

Frau Müller, Energie- und Klimaschutzmanagerin, stellt dazu die Projektskizze vor. Der Förderaufruf kommt vom Bundesumweltministerium und die Stadt hat die Skizze mit einem Maßnahmenbündel Ende April dort eingereicht. Als finanzschwache Kommune können wir hierfür 100 % Förderung beantragen, wobei jedoch vorausgehende Planungen und notwendiger Grunderwerb nicht förderfähig sind. Bis Ende des Jahres dürfte die Stadt einen offiziellen Förderantrag stellen, falls die Skizze positiv bewertet wird. Der Fokus der Vorschläge lag dabei sowohl auf dem Alltagsradverkehr als auch auf dem E-Radverkehr.

Frau Müller stellt einige geplante Radwege und einen Rastplatz vor. Die Wege sollen über Bewegungsmelder beleuchtet werden, wo möglich, sollen dabei Solarleuchten zum Einsatz kommen. Angedacht sind ferner div. Abstell- und Serviceanlagen für Fahrräder, Rad-Markierungen sowie Schiebeschienen für Fahrräder an Treppen am Oberen Bahnhof. Für die Umsetzung wäre ein Zeitraum von Mai 2023 bis August 2026 vorstellbar. Die zuwendungsfähigen Kosten liegen aktuell bei ca. 2,2 Mio. EUR. Hinzu kämen noch ungefähr 220.000,00 EUR nicht zuwendungsfähige Ausgaben.

Herr Persch, sachkundiger Einwohner für die SPD/Grüne-Initiative-Fraktion, hakt nach, ob es noch Möglichkeiten der Ergänzung gäbe. Frau Müller bejaht dies, da es sich um ein zweistufiges Antragsverfahren handelt.

Herr Stadtrat Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, lobt, dass der Schwerpunkt auf dem Alltagsradverkehr liegt.

2. Information

2.1. Aufstellung von LED-Werbetafeln in der Stadt Plauen Drucksachenummer 0634/2022

Herr Giering, FGL Bauordnung, stellt die Planungen mit fünf einzelnen Standorten vor. Es soll einem alleinigen Vertragspartner das Recht auf den Grundstücken der Stadt Plauen übertragen werden, LED-Anlagen zu errichten, zu vermarkten und zu erhalten. Die einzelnen Standorte sollen sein: Gegenüber der ehemaligen Gaststätte „Treffer“, am Bahnhof Mitte, Am Preiselpöhl, Friedensstraße/Ecke Bärenstraße sowie Trockentalstraße/Ecke Böhlerstraße.

Herr Stadtrat Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt an, ob eine gesonderte Ausschreibung angedacht ist oder eine gemeinsame mit den Moplak-Tafeln. Laut der Bürgermeisterin ist dies noch nicht abschließend geklärt.

Herr Stadtrat Herold, Fraktion DIE LINKE., will über die zu erwartenden Einnahmen informiert werden sowie über die angedachten Vertragsbindungen. Falls städtische Nachrichten darüber geschaltet würden, möchte er wissen, ob dies dann der Stadt in Rechnung gestellt würde.

Zudem merkt er an, dass das Thema Lichtverschmutzung und Energieverschwendung beachtet werden sollte.

Frau Bürgermeisterin Wolf möchte die zu erwartenden Einnahmen im öffentlichen Teil nicht kommunizieren. Sie persönlich hält einen vertraglichen Rahmen von 10 Jahren für angemessen. Die Lichtverschmutzung hält sie bei 5 Tafeln im gesamten Stadtgebiet für nicht immens. Darüber hinaus wird es sich um LED-Leinwände handeln. Die Anlagen sind zudem dimmbar. In die Ausschreibung würde außerdem aufgenommen werden, dass die Stadt gewisse Zeiten für städtische Mitteilungen erbittet.

Herr Stadtrat Haubenreißer, FDP-Fraktion, fragt, ob auch Fassaden-LED-Wände geplant seien.

Frau Bürgermeisterin Wolf antwortet, dass bislang noch keine LED-Wände an Fassaden geplant seien.

Herr Persch, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SDP/Grüne/Initiative-Fraktion, wünscht sich ebenfalls, dass das Thema Lichtverschmutzung bei der Ausschreibung eine Rolle spielen wird und ferner eine Möglichkeit der Kombination mit Photovoltaik.

Herr Giering bedankt sich für den Hinweis.

Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE, fragt an, inwieweit die angedachten LED-Werbetafeln insektenfreundlich sind, da diese besonders auf Farben reagieren würden. Ein helles Weiß scheint ihr für Insekten eher schädlich. Würde dies bei einer Ausschreibung Beachtung finden?

Frau Bürgermeisterin Wolf bietet an, zunächst die Ausschreibung vorzubereiten und dann noch einmal in diesem und im Wirtschaftsförderungsausschuss vorzustellen.

2.2. Information zu den Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplanes ***Drucksachenummer 0635/2022***

Frau Bürgermeisterin Wolf informiert darüber, dass der Verkehrsentwicklungsplan während der Sommerpause im Beteiligungsportal des Freistaates eingestellt werden soll. Sie bietet ferner an, diesen auch nochmals in den Fraktionen zu diskutieren.

Herr Brosig, Verkehrsplaner des FG Stadtplanung und Umwelt, führt in die Vorlage ein und erläutert, dass dieser Verkehrsentwicklungsplan bis ins Jahr 2035 vorausschauen soll.

Er beleuchtet die aktuelle Verkehrssituation Plauen und spricht vor allem den hohen Individualverkehr per PKW an sowie den geringen Radverkehrsanteil.

Herr Ohm, Geschäftsführer der Firma IVAS Ingenieurbüro für Verkehrsanlagen, spricht eine Umfrage zum Thema Fuß- und Radverkehr an, welche mit ca. 850 Personen durchgeführt wurde. Deren Anregungen fließen ebenfalls in die Erarbeitung der Konzeption ein.

Die Ziele des Planes sind z. B. die Förderung des Umweltverbundes, Erreichbarkeit und Teilhabe. Das Konzept legt verschiedene Maßnahmen auf, welche geeignet sind, diese Ziele zu erreichen.

Das Konzept schlägt 82 Teilmaßnahmen mit deren Bewertung vor. Als konkrete Maßnahmen nennt er z. B. eine Verbesserung der Querung von Bahnlinien, die Umgestaltung der Pausaer Straße, der Martin-Luther-Straße sowie der Straße der Deutschen Einheit, die Nordachse der Bahnhofstraße, die Turnstraße sowie die Siegener Straße, die Oelsnitzer Straße aber auch die Südinsel.

Ferner wird an eine Verkehrsberuhigung des Mühlberges, der Straßberger Straße sowie der

Neundorfer Straße gedacht. Die Straßen Hammerstraße, Syrastraße sowie der Komturhof sollen ausgebaut werden.

Es existiert die Idee eines Kreisverkehrs Martin-Luther-Straße/Reißiger Straße sowie die Verlegung der Kürbitzer Landstraße.

Die Umsetzung des Nahverkehrsplanes sollte dabei auch Bestandteil des Verkehrsentwicklungsplanes sein.

Zu prüfen wäre außerdem eine Verlängerung der Straßenbahn nach Neundorf, auch wenn nicht zwingend schienengebunden.

Bei den Bushaltestellen bestünde bezüglich der Barrierefreiheit noch Nachholbedarf, bei der Straßenbahn habe sich da schon viel getan. Die Straßenbahn selbst solle weiter modernisiert werden. Das Konzept enthält zwei Vorschläge für Schnittstellen von Regional- und Stadtverkehr.

Besonders unterstrichen wird die Erforderlichkeit einer Werbekampagne zum Radverkehr in Plauen sowie die zunehmende Notwendigkeit von Radabstellplätzen.

Die Firma teilAuto aus Leipzig habe zudem zugesagt, ab 04.07.22 an drei Stationen Carsharing in Plauen anzubieten. Herr Ohm verbindet dieses Vorhaben jedoch auch mit dem Appell, das Angebot auch zu nutzen.

Herrn Persch, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, interessiert, ob Fahrradabstellboxen nur am Oberen Bahnhof oder auch am Bahnhof Mitte geplant seien.

Herr Brosig führt aus, dass die Akzeptanz zunächst am Oberen Bahnhof beobachtet würde, erst dann würde man weitere Standorte prüfen.

Herr Stadtrat Herold, Fraktion DIE LINKE., hätte sich noch weitgehendere Ideen, wie die Umfahrung des Altmarktes oder die Straßberger Straße vorstellen können.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht das Problem an, dass Fußgängerzonen i. d. R. mit „Fahrräder frei“ gekennzeichnet werden. Aus der Vergangenheit wisse man um die Probleme, die daraus erwachsen bzw. das Konfliktpotenzial. Er spricht sich deshalb dafür aus, Rad- und Gehwege auf breiten Straßen, wie z. B. der Bahnhofstraße getrennt anzulegen.

Er fragt sich weiter, weshalb das Konzept Nord-Ost-Spange noch immer in diesem Werk auftaucht.

Er vermisse ferner Ausführungen zum Heidenreich bzw. der Unterführung, begrüßt aber die Befassung mit der oberen Bahnhofstraße.

Auch der Aufwand für die Westroute auf der L.-F.-Schönherr-Straße in Form eines Tunnels erschließe sich ihm nicht.

Herr Ohm antwortet dazu, dass auch Radfahrer in Fußgängerzonen nur 5 – 7 km/h fahren dürften, da man schlichtweg an die StVO gebunden sei. Er spricht sich vielmehr für Maßnahmen zur gegenseitigen Rücksichtnahme zwischen Fußgängern und Radfahrern aus.

Frau Bürgermeisterin Wolf verleiht ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Thematik „Bahnhofstraße“ über das Programm „Zukunft Innenstadt“ noch einmal in Angriff genommen werden kann.

Sie führt ferner aus, dass sowohl die Nord-Ost-Spange als auch die Westroute nicht im Haushalt platziert sind. Die Erwähnung im Rahmen des Entwicklungsplanes zielen vielmehr auf die Grundstückssicherung für die Zukunft ab.

Herr Brosig ergänzt, dass dafür der Bahnübergang am Stadtwald entfallen würde. Bezogen auf die L.-F.-Schönherr-Straße wünscht er sich, dass wir noch eine weitere Brücke als Alternative haben, die von Westen nach Plauen führt.

Herrn Persch, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, habe die Verbindung zum überregionalen Verkehr, z. B. für den Busfernverkehr, gefehlt.

Herr Brosig weiß zu berichten, dass es in der Vergangenheit bereits ein unlösbares Problem gewesen sei, privaten Busunternehmen die Nutzung bestehender, geförderter Bushaltestellen zu genehmigen.

Ergänzend führt er aus, dass private Fernbusunternehmen in ihren Planungen oft sehr unstet seien und deshalb die Planung mit diesen im Rahmen der öffentlichen Verwaltung kaum möglich.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, vermisse in der Präambel den Hinweis auf die Zukunftsorientierung bzw. die Bildung von Vorhalteflächen. Er wünsche sich deshalb, spätestens im Rahmen der Bürgerbeteiligung, diesen Hinweis.

3. Vorberatung

3.1. 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen, Abwägungsbeschluss Drucksachennummer 0626/2022

Herr Rink, Sachbearbeiter Stadtplanung, erinnert daran, dass wir uns im Parallelverfahren befinden, d. h., dass der Flächennutzungsplan gemeinsam mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan behandelt wird.

Heute soll es um die Abwägung der Stellungnahmen zum Flächennutzungs- sowie zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan gehen.

Herr Rink weist darauf hin, dass im Beschlusstext der Vorlagen das Wort „in“ fehlt, es muss also richtig lauten „...in die Planunterlagen...“.

Insgesamt seien die Stellungnahmen zu diesem Projekt recht unkritisch ausgefallen. Die erhaltenen Stellungnahmen wurden entweder in die Planunterlagen eingearbeitet oder waren lediglich rein informativer Natur und es bestand kein Abwägungsbedarf. Noch weniger Stellungnahmen habe es beim vorhabenbezogenen Bebauungsplan gegeben.

Durch die Polizeidirektion Südwestsachsen erging z. B. der Hinweis, dass der gesamte Lieferverkehr (Be- und Entladen) auf dem Betriebsgelände stattfinden soll, damit der öffentliche Verkehrsraum in keiner Weise beeinträchtigt wird. Gleiches gilt für Mitarbeiterparkplätze.

Ferner wurde darum gebeten, dass die stark durch die Industrie nachgefragten Freiflächen nicht für Photovoltaik genutzt werden sollen.

Das Landratsamt Vogtlandkreis wies zudem darauf hin, dass die im Bebauungsplan festgesetzten Emissionsrichtwerte um 6 dB zu reduzieren sind.

Ferner waren die Anliefer- und Abholvorgänge in den Nachstunden Thema.

Herr Pietschmann, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der FDP-Fraktion, fragt, ob die wasserrechtliche Erlaubnis für die Abwasseranlage vorliegt.

Herr Rink stellt richtig, dass die Entwässerung der Vogtlandmilch GmbH über ein Regenrückhaltebecken erfolgt und von dort aus in den Kanal des ZWAV eingeleitet wird. Damit ist für die wasserrechtliche Genehmigung der ZWAV zuständig.

Herr Bräunel vom Ingenieurbüro Bräunel führt ergänzend dazu aus, dass die Vogtlandmilch GmbH einen entsprechenden Antrag beim Zweckverband gestellt hat. Ungeachtet dessen ist das Regenrückhaltebecken eine genehmigungspflichtige Anlage und diese ist bei der Unteren Wasserbehörde beantragt worden.

Herr Stadtrat Schumann, AfD-Fraktion, hakt nochmals nach, ob die emissionsschutzrechtlichen Bedenken, die das Landratsamt Vogtlandkreis vorgebracht hat, zu Komplikationen führen werden.

Herr Rink versichert, dass die Vorgaben für den Vorhabenträger keine Probleme darstellen.

I. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

- a) die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung, bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, deren Anregungen/Forderungen berücksichtigt und die Planunterlagen eingearbeitet wurden. Dies sind im Einzelnen:

Lfd. Nr. 17.1 Polizeidirektion Südwestsachsen, Stellungnahme vom 12.04.2022

- b) die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung, bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, die zur Kenntnis genommen wurden und für die kein Abwägungsbedarf besteht. Dies sind im Einzelnen:

Lfd. Nr. 1 Landesdirektion Sachsen, Raumordnungsbehörde, Stellungnahme vom 22.04.2022

Lfd. Nr. 2 Planungsverband Region Chemnitz Verbandsgeschäftsstelle, Stellungnahme vom 21.04.2022

Lfd. Nr. 3 Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 25.04.2022

Lfd. Nr. 4 Landesamt für Denkmalpflege, Stellungnahme vom 28.03.2022

Lfd. Nr. 5 Landesamt für Archäologie, Stellungnahme vom 15.03.2022

Lfd. Nr. 6 Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Stellungnahme vom 20.04.2022

Lfd. Nr. 7 Sächsisches Oberbergamt, Stellungnahme vom 16.03.2022

Lfd. Nr. 9 Die Autobahn GmbH des Bundes, Stellungnahme vom 12.04.2022

Lfd. Nr. 11 Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stellungnahme vom 29.03.2022

- Lfd. Nr. 13 Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement Sachsen, Stellungnahme vom 29.03.2022
- Lfd. Nr. 14 BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft, Stellungnahme vom 30.03.2022
- Lfd. Nr. 16 Kreishandwerkerschaft Vogtland, Stellungnahme vom 12.04.2022
- Lfd. Nr. 17.2 Polizeidirektion Südwestsachsen, Stellungnahme vom 12.04.2022
- Lfd. Nr. 18 Staatsbetrieb Sachsenforst, Stellungnahme vom 17.03.2022
- Lfd. Nr. 19 Landestalsperrenverwaltung Betrieb Zwickauer Mulde / Obere Weiße Elster, Stellungnahme vom 17.03.2022
- Lfd. Nr. 29 MITNETZ STROM GmbH, Stellungnahme vom 07.04.2022
- Lfd. Nr. 32 Stadtwerke Erdgas Plauen, Stellungnahme vom 25.03.2022
- Lfd. Nr. 33 Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland, Stellungnahme vom 29.03.2022
- Lfd. Nr. 34 Zweckverband Fernwasser Südsachsen, Stellungnahme vom 22.03.2022
- Lfd. Nr. 35 Eins energie in Sachsen GmbH & Co.KG, Stellungnahme vom 23.03.2022
- Lfd. Nr. 40 DB Services Immobilien GmbH, NL Leipzig, Stellungnahme vom 23.03.2022
- Lfd. Nr. 41 Deutsche Telekom Technik GmbH, TNL Ost, PTI 13, Stellungnahme vom 08.04.2022
- Lfd. Nr. 42 50Hertz Transmission GmbH, Stellungnahme vom 21.03.2022
- Lfd. Nr. 43 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas Telekommunikation, Post, Bahn, Stellungnahme vom 14.03.2022
- Lfd. Nr. 48 Gemeinde Rosenbach/Vogtl., Stellungnahme vom 14.04.2022
- Lfd. Nr. 49 Stadtverwaltung Oelsnitz/Vogtl., Stellungnahme vom 06.04.2022
- Lfd. Nr. 51 Verwaltungsgemeinschaft Treuen-Neuensalz, Stellungnahme vom 07.04.2022
- Lfd. Nr. 52 Gemeindeverwaltung Pöhl, Stellungnahme vom 21.04.2022
- Lfd. Nr. 53 Verwaltungsverband Jägerswald, Stellungnahme vom 14.03.2022
- Lfd. Nr. 54 Stadtverwaltung Greiz, Stellungnahme vom 01.04.2022

II. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die gesamte Abwägung für die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen, entsprechend der Abwägungstabelle (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

3.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 027 „Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“, Abwägungsbeschluss
Drucksachenummer: 0627/2022

I. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

- a) die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung, bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit, deren Anregungen/Forderungen berücksichtigt und in die Planunterlagen eingearbeitet wurden. Dies sind im Einzelnen:

Lfd. Nr. 2.2	Planungsverband Region Chemnitz Verbandsgeschäftsstelle, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 3.5	Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 3.24	Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 3.25	Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 3.27 bis	
Lfd. Nr. 3.32	Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 17.1	Polizeidirektion Südwestsachsen, Stellungnahme vom 12.04.2022
Lfd. Nr. 055	Öffentlichkeit, Stellungnahme vom 21.04.2022

- b) die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung, bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, die zur Kenntnis genommen wurden und für die kein Abwägungsbedarf besteht. Dies sind im Einzelnen:

Lfd. Nr. 1	Landesdirektion Sachsen, Raumordnungsbehörde, Stellungnahme vom 22.04.2022
Lfd. Nr. 2.1	Planungsverband Region Chemnitz Verbandsgeschäftsstelle, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 3.1 bis	
Lfd. Nr. 3.4	Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 3.6 bis	
Lfd. Nr. 3.23	Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 3.26	Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 3.33 bis	
Lfd. Nr. 3.43	Landratsamt Vogtlandkreis, Stellungnahme vom 21.04.2022
Lfd. Nr. 4	Landesamt für Denkmalpflege, Stellungnahme vom 28.03.2022
Lfd. Nr. 5	Landesamt für Archäologie, Stellungnahme vom 15.03.2022
Lfd. Nr. 6	Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Stellungnahme vom 19.04.2022
Lfd. Nr. 7	Sächsisches Oberbergamt, Stellungnahme vom 16.03.2022
Lfd. Nr. 8	Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stellungnahme vom 29.03.2022
Lfd. Nr. 9	Die Autobahn GmbH des Bundes, Stellungnahme vom 12.04.2022

- Lfd. Nr. 13 Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement Sachsen, Stellungnahme vom 29.03.2022
- Lfd. Nr. 14 BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft, Stellungnahme vom 30.03.2022
- Lfd. Nr. 16 Kreishandwerkerschaft Vogtland, Stellungnahme vom 12.04.2022
- Lfd. Nr. 17.2 Polizeidirektion Südwestsachsen, Stellungnahme vom 12.04.2022
- Lfd. Nr. 18 Staatsbetrieb Sachsenforst, Stellungnahme vom 17.03.2022
- Lfd. Nr. 19 Landestalsperrenverwaltung Betrieb Zwickauer Mulde / Obere Weiße Elster, Stellungnahme vom 17.03.2022
- Lfd. Nr. 29 MITNETZ STROM mbH, Stellungnahme vom 07.04.2022
- Lfd. Nr. 32 Stadtwerke Erdgas Plauen, Stellungnahme vom 23.03.2022
- Lfd. Nr. 33 Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland, Stellungnahme vom 30.03.2022
- Lfd. Nr. 34 Zweckverband Fernwasser Südsachsen, Stellungnahme vom 22.03.2022
- Lfd. Nr. 35 Eins energie in Sachsen GmbH & Co.KG, Stellungnahme vom 23.03.2022
- Lfd. Nr. 36 Envia Therm, Stellungnahme vom 21.03.2022
- Lfd. Nr. 38 Plauener Omnibusbetrieb GmbH, Stellungnahme vom 24.03.2022
- Lfd. Nr. 40 DB Services Immobilien GmbH, NL Leipzig, Stellungnahme vom 23.03.2022
- Lfd. Nr. 41 Deutsche Telekom Technik GmbH, TNL Ost, PTI 13, Stellungnahme vom 08.04.2022
- Lfd. Nr. 42 50Hertz Transmission GmbH, Stellungnahme vom 22.03.2022
- Lfd. Nr. 43 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas Telekommunikation, Post, Bahn, Stellungnahme vom 14.03.2022
- Lfd. Nr. 45 Pfarramt Luthergemeinde, Stellungnahme vom 11.03.2022
- Lfd. Nr. 48 Gemeinde Rosenbach/Vogtl., Stellungnahme vom 14.04.2022
- Lfd. Nr. 49 Stadtverwaltung Oelsnitz/Vogtl., Stellungnahme vom 06.04.2022
- Lfd. Nr. 51 Verwaltungsgemeinschaft Treuen-Neuensalz, Stellungnahme vom 07.04.2022
- Lfd. Nr. 52 Gemeindeverwaltung Pöhl, Stellungnahme vom 21.04.2022
- Lfd. Nr. 53 Verwaltungsverband Jägerswald, Stellungnahme vom 14.03.2022
- Lfd. Nr. 54 Stadtverwaltung Greiz, Stellungnahme vom 01.04.2022

II. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die gesamte Abwägung für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 027 „Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“, entsprechend der Abwägungstabelle (Anlage 1)

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

**3.3. 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen, Feststellungsbeschluss
Drucksachenummer: 0628/2022**

Herr Rink führt nochmals aus, dass aus der Sport- bzw. Grün-/Freizeitfläche nunmehr eine Gewerbefläche werden solle. Das Verfahren wurde gem. den Vorgaben des Baugesetzbuches umgesetzt und alle Stellungnahmen berücksichtigt. Dementsprechend kann der Flächennutzungsplan in seiner dritten Änderung als Satzung beschlossen werden.

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen in der Fassung vom 24.05.2022 und billigt die beigegefügte Begründung einschließlich des Umweltberichtes.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

**3.4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 027 „Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“, Satzungsbeschluss
Drucksachenummer 0629/2022**

Herr Rink stellt fest, dass nunmehr auch der Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gefasst werden kann, da nun die Beschlussfassung zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes von diesem Ausschuss empfohlen wurde.

Herr Singer, Vogtlandmilch GmbH, bedankt sich bei der Stadt für deren Zeit, Geduld sowie Unterstützung.

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Sächsischen Gemeindeordnung den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 027 „Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“ in der Fassung vom 24.05.2022 als Satzung und billigt die beigefügte Begründung einschließlich des Umweltberichtes.

Der Vorhaben- und Erschließungsplan ist in den Bebauungsplan integriert und somit Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Die räumlichen Grenzen stimmen mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes überein.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

**3.5. Beschluss – LEADER Entwicklungsstrategie (LES) für den Zeitraum 2023-2027 der LAG Vogtland
Drucksachenummer 0652/2022**

Frau Bürgermeisterin Wolf führt kurz ein, dass nahezu alle europäischen Förderprogramme eine Neuauflage erfahren.

Herr Forster, FG Stadtplanung und Umwelt, stellt die Intention des LEADER-Programms vor allem für den ländlichen Raum kurz vor und teilt mit, dass in den vergangenen 20 Jahren insgesamt über 9 Mio. EUR aus diesem Topf nach Plauen geflossen sind. Das Besondere an diesem Programm ist die Tatsache, dass sich die Regionen ihre Ziele und Maßnahmen selbst wählen. Voraussetzung hierfür ist eine LEADER-Entwicklungsstrategie, welche bis zum 30.06.2022 beim Sächs. Staatsministerium eingereicht werden muss.

Ergänzend ist noch zu erwähnen, dass die Stadt nunmehr auch die Aufnahme des Ortsteiles Neundorf beantragt hat. Die abschließende Entscheidung liegt jedoch beim Regionalentwicklungsmministerium.

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Zustimmung zur LEADER Entwicklungsstrategie 2023 - 2027 der LAG Vogtland sowie die Zustimmung zur inhaltlichen Ausrichtung der LEADER-Entwicklungsstrategie und deren Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

4. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken - Förderprogramme nutzen -, Reg.-Nr. 264-22 - Stellungnahmen der Verwaltung (GB I / GB II)

Frau Bürgermeisterin Wolf gibt den Inhalt des Antrages wieder. Konkret wurde gefragt, welche Förderprogramme die Stadt im sozialen Bereich nutzt.

Dazu gehören das ESF-Programm sowie das beantragte ESFplus 2021-2027-Programm. Dieses Programm wurde in der Vergangenheit in der Östlichen Bahnhofsvorstadt genutzt. Die Gebietskulisse soll künftig bis Haselbrunn erweitert werden.

Herr Forster ergänzt, dass zwischenzeitlich das Übergangs-(gebietsbezogene integrierte Handlungskonzept) für die östliche Bahnhofsvorstadt eingereicht wurde. Damit wird gewährleistet, dass Projekte – wie die JuLe sowie das RepairCafé, die bereits laufen, erst einmal weitergeführt werden können. Der Rahmenbescheid müsste in diesen Tagen eingehen. Parallel dazu ist die Stadt im Begriff, die Erstellung des eigentlichen GIHK, welche förderfähig ist, auszu-schreiben. Die Gebietskulisse erweitert sich hierbei über die östliche Bahnhofsvorstadt hinaus bis in den Stadtteil Haselbrunn. In diesem Gebiet sind viele Projektträger verortet.

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Herold, Fraktion DIE LINKE. beklagt, dass der Lift des Bahnhofes Mitte derart verunreinigt sei und nach Urin rieche, dass er faktisch nicht nutzbar sei. Er wisse zwar, dass hier die Dt. Bahn zuständig sei, bittet aber höflich um Weiterleitung seiner Anfrage/Bitte an diese.

Er informiert über die Klage einer Anwohnerin der Ostvorstadt, dass Busse nicht bis an ihre eigentliche Haltestelle in der Stegerstraße fahren könnten, da dort häufig alles zugeparkt sei. Fahrgäste würden daher i. d. R. gebeten, früher auszusteigen.

Er bittet hier um Überprüfung und, falls dem so ist, was sich an dieser Situation ändern ließe.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Mirko Rust
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Lydia Grüner
Schriftführerin

Stephan Uhlig
Stadtrat